

Das Ringen um die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler:

Der Aufstand der SVP-Altmandatäre mit dem ehemaligen Landeshauptmann Durnwalder an der Spitze

Bereits vor dieser Aktion hatte die Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten – darunter 7 Abgeordnete der SVP – in einem Schreiben die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gefordert. Zahlreiche Südtiroler und Nordtiroler Persönlichkeiten hatten dies seitdem unterstützt.



FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache (links) und der

FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer

In Österreich hatten der **FPÖ-Parteiohmann Heinz Christian Strache** und sein **FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer** nie ein Hohl daraus gemacht, dass die Anliegen der Südtiroler auch für sie Herzensanliegen sind.

Seit Jahren war die FPÖ für die Ermöglichung der **doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler** eingetreten. Dies kann laut staatsrechtlicher Gutachten durch **eine einfache Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes** verwirklicht werden. Es braucht dazu keine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Als in Südtirol diese Frage öffentlich erörtert wurde, haben der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP) und der Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP), Philipp Achammer, unverständlicher Weise eine ablehnende Haltung gezeigt. In der SVP gingen daraufhin die Wogen hoch. Es brach Empörung aus.

Das Internet-Nachrichtenportal „[Unser Tirol 24](#)“ enthüllte am 28. November 2017:

POLITIK SÜDTIROL

Paukenschlag: SVP-Altmandatäre bitten bei Staatsbürgerschaft um Zustimmung

By fe • November 28, 2017

Nachdem sich die Mehrheit der Abgeordneten zum Südtiroler Landtag in einem Brief an ÖVP-Chef Sebastian Kurz und Heinz Christian Strache (FPÖ) für die doppelte Staatsbürgerschaft ausgesprochen haben, legen die Altmandatäre der Südtiroler Volkspartei nach. In einem Schreiben an Wien bitten 25 ehemalige Volksvertreter bei der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler eindringlich um Zustimmung. Darunter namhafte Personen wie Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder, Siegfried Brugger, Bruno Hosp und Franz Pahl. Somit sprechen sich fast alle Größen der SVP für die Umsetzung dieses Vorhabens aus.



Dem SID liegt das Schreiben der SVP-Altmandatare vor:

An Herrn
Bundes-Parteibmann
der Freiheitlichen Partei Österreichs
NR Heinz Christian Strache

Sehr geehrter Herr Bundesparteibmann,

die unterzeichnenden ehemaligen Mandatäre der Südtiroler Volkspartei wenden sich im Zusammenhang mit den laufenden Koalitionsverhandlungen an Sie mit dem Ihnen bekannten Anliegen, interessierten Südtirolern wieder die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Die Südtiroler sind Altösterreicher, die die österreichische Staatsbürgerschaft gegen ihren Willen durch die Annexion Südtirols an Italien verloren haben. Es ist darum ein sehnlicher Wunsch vieler Südtiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft als Zeichen ihrer Verbundenheit mit dem historischen Vaterland Österreich wiederzuerlangen.

Südtirol wurde 1919 gegen seinen Willen von Österreich getrennt. Die Südtiroler gingen damit auch der österreichischen Staatsbürgerschaft verlustig. Sie mussten auch nach 1945 trotz aller Bemühungen Österreichs und gegen ihren ausdrücklichen Willen bei Italien verbleiben. Dies stellt ein historisches Unrecht dar.

Im Unterschied dazu konnten andere Altösterreicher nach 1919 bzw. nach der Auflösung Ex-Jugoslawiens eigene Nationalstaaten gründen und ihren Bürgern eine ihnen gemäße Staatsbürgerschaft verleihen.

Italien hat seinerseits bereits vor Jahren in weitherziger Weise allen Auslandsitalienern in der ganzen Welt das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt. Beispielsweise können nun slowenische, kroatische oder bosnische Staatsbürger italienischer Herkunft wieder den italienischen Pass beantragen.

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre folglich auch eine Frage der Gegenseitigkeit. Die österreichische Staatsbürgerschaft neben der italienischen würde für viele Südtiroler ein Zeichen einer besonderen Verbindung des Vaterlandes zur österreichischen Minderheit in Italien darstellen. Die Südtiroler ihrerseits würden durch die auf Antrag erfolgende Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ihre österreichische Identität und Verbundenheit mit dem Vaterland Österreich im europäischen Geist symbolisch-sichtbar zum Ausdruck bringen können.

Ähnlich wie Italien, haben auch viele andere europäische Staaten längst ähnliche Regelungen getroffen wie Bosnien und Kroatien, Portugal oder Spanien, das inzwischen auch den unter der Diktatur ausgebürgerten Exilspaniern wieder die spanische Staatsbürgerschaft verliehen hat.

Die Republik Österreich kann durch einen souveränen Akt dem analogen italienischen Beispiel folgen und dem sehnlichen und berechtigten Wunsch vieler Südtiroler entsprechen. Das würde als wertvolle und weitsichtige Geste europäischer Offenheit verstanden werden und die Freundschaft und das Zusammenwirken der beiden Staaten verstärken.

Bozen, den 24. 11. 2017

Unterzeichner

[Handwritten Signature]
Karl Schmid
[Handwritten Signature]
H. Feichter
[Handwritten Signature]
Richard Memner
[Handwritten Signature]
Bernhard
[Handwritten Signature]
Maria Betalini
[Handwritten Signature]
Matthias Ladurner
[Handwritten Signature]
Angela Valentin
[Handwritten Signature]
Sera Koss
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]

[Handwritten Signature]
Hans Benediktter
[Handwritten Signature]
Dr. Hans Anton Zingerle
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
Alwin Köfler
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
F. Selber
[Handwritten Signature]
Ilse
[Handwritten Signature]
Homer Frick
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]

Zu den Unterzeichnern gehören folgende ehemalige Amtsträger und Mandatäre der Südtiroler Volkspartei (SVP):



Alt-Landeshauptmann
Luis Durnwalder

Dr. Luis Durnwalder (Alt-Landeshauptmann, Landesrat, Mitglied der Regionalregierung, Direktor des Südtiroler Bauernbundes, Parteiobmann-Stv. der SVP, Ehrenmitglied der Schützenkompanie Pfalzen)

RA DR. Siegfried Brugger (Ehemaliger Obmann der SVP, Mitglied der römischen Abgeordnetenversammlung, Landtagsabgeordneter, Mitglied der Sechser- und Zwölferkommission zum Autonomiestatut)

Elmar Pichler Rolle (Ehemaliger Obmann der SVP, Landesrat, Landtagsabgeordneter, Vizebürgermeister von Bozen)

Dr. Bruno Hosp (Ehemaliger Generalsekretär der SVP, SVP-Ortsobmann, Landesrat, Landtagsabg., Bürgermeister, 2.Vorsitzender der FUEV – Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen)

Dr. Hans Benedikter (ehemaliges Mitglied der italienischen Abgeordnetenversammlung, Mitglied des Europarates, Bürgermeister der Gemeinde Prettau, Landesjugendreferent der Jungen Generation der SVP)

Dr. Alois Kofler (ehem. Landesrat, Landtagsabg., Mitglied des römischen Senats, Bürgermeister der Gemeinde Sarntal)

Dr. Karl Ferrari (ehem. Mitglied des römischen Senats)

Sepp Mayr (ehem. Landesrat, Landtagsabg., SVP-Bezirksobmann)

Dr. Michl Laimer (ehem. Landesrat und Landtagsabg.)

Dr. Siegfried Messner (ehem. Landesrat und Landtagsabg., SVP-Bezirksobmann)

RA Dr. Werner Frick (ehem. Landesrat und Landtagsabg., Direktor des HGV-Südtiroler Hotelier- und Gastwirteverbandes, Direktor des HDS-Südtiroler Handels- und Dienstleisterverbandes)

Dr. Hugo Valentin (ehem. Landesrat und ladinischer Landtagsabg., Präsident eines ladinischen Kulturinstituts)

Franz Alber (ehem. Landesrat und Landtagsabg., Bürgermeister von Meran)

Dr. Franz Pahl (ehem. Vizepräsident der Regionalregierung, Regionalratspräsident, Landtagsabgeordneter, SVP-Bezirksobmann, Landesjugendsekretär der Jungen Generation in der SVP)

Roland Atz (ehem. Vizepräsident der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter, Stadtrat der Gemeinde Bozen)

Mathias Ladurner (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter)

Franz Bauer (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister der Gemeinde Latsch)

Dr. Luis Zingerle (ehem. Präsident des Regionalrates, Landtagsabgeordneter, Stadtrat der Gemeinde Brixen, SVP-Bezirksobmann)

Zeno Giacomuzzi (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Bürgermeister von Brixen)

Franz Demetz (Ladinischer Landtagsabgeordneter, Bürgermeister der Gemeinde St. Christina in Gröden, Stellv. Obmann der Südtiroler Volkspartei)

Dr. Hans-Peter Munter (ehem. Landtagsabgeordneter, Direktor des Südtiroler Handwerkerverbandes)

Arthur Feichter (ehem. Landtagsabgeordneter, Obmann des Südtiroler Bauernbundes, Ortsobmann der SVP)

Georg Pardeller (ehem. Landtagsabgeordneter, Leitender Sekretär des ASGB-Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund)

Maria Bertolini (ehem. Landtagsabgeordnete)

Martina Ladurner (ehem. Landtagsabgeordnete)

„Das historische Fenster ist geöffnet“



Sven Knoll

Am 28. November 2017 stellte dazu der **Südtiroler Landtagsabgeordnete Sven Knoll** von der „Süd-Tiroler Freiheit“ in einer Presseerklärung fest:

„Nach dem Ansuchen der Mehrheit der Süd-Tiroler Landtagsabgeordneten ist damit eine weitere ganz klare Willensbekundung ergangen. Nun ist das historische Fenster zur

Umsetzung geöffnet.

*Die Petition der SVP-Funktionäre, vor allem aber die Unterstützung durch Alt-Landeshauptmann Durnwalder kann nicht länger ignoriert werden. Das Signal an Wien ist eindeutig: **Süd-Tirol wünscht sich die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft!***

In Süd-Tirol haben sich alle deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für die Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft ausgesprochen, auch Vertreter der Gewerkschaft, Vereinsvorstände und die Schützen aus ganz Tirol unterstützen das Anliegen.

Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre für Süd-Tirol von unschätzbarem Wert, sie würde die Verbindungen zu Österreich stärken, die Tiroler Landesteile einander näher bringen und die Süd-Tirol-Autonomie nachhaltig festigen.

Es ist dies nun die historische Chance für Süd-Tirol, mit vereinten Kräften die doppelte Staatsbürgerschaft umzusetzen.“

Die Enthüllung der „Dolomiten“: Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten fordert Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft

Vorangegangen war dem Brief ein ebenso **spektakulärer Vorstoß der Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten**, welchen die Tageszeitung „Dolomiten“ enthüllt hatten.

19 Abgeordnete im Südtiroler Landtag für den „Doppelpass“

POLITIK: Parteiübergreifende Initiative in Sachen Doppelstaatsbürgerschaft – Gemeinsamer Brief an Kurz und Strache ▶ Seite 11



ÖVP-Chef Sebastian Kurz (im Bild links) und Freiheitlichen-Obmann Heinz-Christian Strache: Geht es nach 19 Landtagsabgeordneten, soll die Doppelstaatsbürgerschaft ins Koalitionsabkommen. APA/HELMUT FOHRINGER

Dolomiten - Dienstag, 21. November 2017

„Nicht Privilegien oder finanzielle Erwartungen stehen im Vordergrund, sondern der ideelle und identitätsstiftende Wert der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.“

19 Südtiroler Landtagsabgeordnete von insgesamt 6 Parteien in ihrem Schreiben

Mehrheit der Landtagsabgeordneten ist für Doppelstaatsbürgerschaft

HOHES HAUS: Parteiübergreifender Schulterschluss für einen „Akt der Wiedergutmachung“ – „Doppelpass“ soll ins Koalitionsabkommen

BOZEN (hof). 19 von 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten setzen sich beim designierten österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und bei Freiheitlichen-Chef Heinz Christian Strache für die doppelte Staatsbürgerschaft ein: 7 Abgeordnete der SVP, 3 der Süd-Tiroler Freiheit, 6 Freiheitliche, die BürgerUnion, 5-Sterne-Bewegung und Team Autonomie.

Die 19 Abgeordneten haben parteiübergreifend ein Schreiben an ÖVP-Obmann Kurz und Freiheitlichen-Chef Strache gerichtet.

DIE UNTERZEICHNER

19 Mandatare sind für den „Doppelpass“

BOZEN. Folgende Landtagsabgeordnete haben das Schreiben an ÖVP-Obmann **Sebastian Kurz** und Freiheitlichen-Chef **Heinz-Christian Strache** für eine doppelte Staatsbürgerschaft unterzeichnet: **Thomas Widmann, Maria Hochgruber-Kuenzer, Sepp Noggl, Albert Wurzer, Christian Tschurtschenthaler, Oswald Schiefer, Veronika Stirner** (alle SVP), **Sven Knoll, Bernhard Zimmerhofer, Myriam Atz-Tammerle** (alle Süd-Tiroler Freiheit), weiters die Freiheitlichen **Ulli Mair, Hannes Zingerle, Sigmar Stocker, Tamara Oberhofer, Roland Tinkhauser** und **Walter Blaas**, zudem **Andreas Pöder** (BürgerUnion), **Paul Köllensperger** (M5S) und **Elena Artioli** (Team Autonomie). ©

„Es entspricht dem Wunsch sehr vieler Süd-Tiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen“, betonen die 19 Abgeordneten in dem Schreiben. „Wir sprechen uns daher für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler aus und richten hiermit das Ansuchen an Sie, die Wie-

dererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.“ In dem Schreiben wird betont, dass sich in Südtirol *alle* deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für dieses Anliegen ausgesprochen hätten. Die Südtiroler hätten ihre österreichische Staatsbürgerschaft unfreiwillig mit der Annexion Südtirols durch Italien verloren. Die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Südtiroler wäre deshalb ein „Akt der Wiedergutmachung“.

Mit dieser Veröffentlichung der „Dolomiten“ wurde das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft mit einem Schlag zu einem Hauptgesprächsthema in ganz Südtirol. Bald sollte die Diskussion auch Nordtirol erreichen.

Dem SID liegt auch der Brief der Südtiroler Abgeordneten in Ablichtung vor:

An den Obmann der Neuen Volkspartei, Herrn Sebastian Kurz.
An den Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Herrn Heinz-Christian Strache.

Betreff: Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler.

Verehrter Herr Kurz, verehrter Herr Strache!

In Süd-Tirol haben sich alle deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für die Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft ausgesprochen. Ihre österreichische Staatsbürgerschaft verloren die Süd-Tiroler mit der Annexion Süd-Tirols durch Italien unfreiwillig. Die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler wäre daher ein Akt der Wiedergutmachung.

Bis heute geht ein Riss durch viele Familien in Tirol, die in nunmehr getrennten Landesteilen leben und durch unterschiedliche Staatsbürgerschaften zusätzlich geteilt werden. Auch der Zugang zu bestimmten Berufen in Österreich bleibt den Süd-Tirolern – auf Grund der fehlenden österreichischen Staatsbürgerschaft – verwehrt.

Nicht Privilegien oder finanzielle Erwartungen stehen jedoch im Vordergrund, sondern der ideelle und identitätsstiftende Wert der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Doppelte Staatsbürgerschaften sind in den meisten EU-Staaten bereits zur politischen Realität geworden. Sie entsprechen dem Wunsch der Bürger, die eigene Identität selbst zu definieren und machen diese Identität vor allem für ethnische Minderheiten nicht länger von der staatlichen Zugehörigkeit abhängig.

Der internationale Vergleich zeigt, dass sich doppelte Staatsbürgerschaften insbesondere für Minderheiten und zum Schutz ihrer Rechte bewährt haben.

Als Beispiel hierfür sei die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft (als Zweitstaatsbürgerschaft) durch die Bundesrepublik Deutschland an die deutschsprachigen Minderheiten in den ehemaligen Ostgebieten genannt. Auch die Republik Österreich gewährt den österreichischen Auswanderern im brasilianischen Dreizehnlinden die österreichische Staatsbürgerschaft.

Besonders hervorzuheben ist auch die Republik Italien. Seit einer Gesetzesänderung im Jahre 2006 bietet Italien all seinen im Ausland lebenden italienischen Minderheiten (z.B. in Kroatien und Slowenien) die Möglichkeit der Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft an.

Das Modell der Doppelstaatsbürgerschaft, das Italien für seine eigenen Minderheiten eingeführt hat, wäre auch für Süd-Tirol die ideale Lösung.

Mit der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler würden die Verbindungen zwischen Süd-Tirol und Österreich gestärkt, die Position der Süd-Tiroler als österreichische Minderheit im italienischen Staatsgebiet gefestigt und die Minderheitenrechte somit zusätzlich abgesichert.

Die gefertigten Abgeordneten zum Süd-Tiroler Landtag richten aus diesem Grunde folgendes Begehren an Sie:

Es entspricht dem Wunsch sehr vieler Süd-Tiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Wir sprechen uns daher für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler aus und richten hiemit das Ansuchen an Sie, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.

Bozen, den 15. November 2017.

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
Myria Atz Tanele

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature] *[Handwritten signature]*

Veronika Stirrer

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
[Handwritten signature]

Das Ansuchen, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Süd-Tiroler die österreichische Staatsbürgerschaft wieder erlangen können, wurde parteiübergreifend von der Mehrheit (!) der Abgeordneten des Süd-Tiroler Landtages unterzeichnet:

L.-Abg. Thomas Widmann (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Maria Hochgruber-Kuenzer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Sepp Noggl (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Albert Wurzer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Christian Tschurtschenthaler (Süd-Tiroler Volkspartei).
L.-Abg. Oswald Schiefer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Veronika Stirner (Südtiroler Volkspartei).

L.-Abg. Sven Knoll (Süd-Tiroler Freiheit).
L.-Abg. Bernhard Zimmerhofer (Süd-Tiroler Freiheit).
L.-Abg. Myriam Atz-Tammerle (Süd-Tiroler Freiheit).

L.-Abg. Ulli Mair (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Hannes Zingerle (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Sigmar Stocker (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Tamara Oberhofer (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Roland Tinkhauser (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Walter Blaas (Die Freiheitlichen).

L.-Abg. Andreas Pöder (BürgerUnion).

L.-Abg. Paul Köllensberger (Movimento 5 Stelle / Fünf-Sterne-Bewegung).

L.-Abg. Elena Artioli (Team Autonomie).

Dieses wichtige Schreiben war das Ergebnis einer Initiative der „Süd-Tiroler Freiheit“ und des Landtagsabgeordneten Sven Knoll.



Dr. Eva Klotz und der Landtagsabg. Sven Knoll

Der Landtagsabgeordnete Sven Knoll von der „Süd-Tiroler Freiheit“ hatte den Brief der Südtiroler Landtagsabgeordneten initiiert und sollte in der Folge mit zahlreichen Presseaussendungen, welche ihren Niederschlag in den Medien fanden, immer wieder die Politiker zum Handeln auffordern. Seine Beharrlichkeit sollte Früchte tragen.

Unterstützt wurde er hierbei vor allem auch durch die ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz, die Tochter des legendären verstorbenen Freiheitskämpfers Georg Klotz.

Die Schützen-Petition

Am 27. November 2017 berichteten die „Dolomiten“:

Einstimmig für die Doppelstaatsbürgerschaft

VERBAND „TIROLER SCHÜTZEN“: Resolution verabschiedet – Thema soll in Koalitionsabkommen festgeschrieben werden



Einstimmig für die Doppelstaatsbürgerschaft (von links): Die Landeskommandanten Enzo Cestari (Welschtirol), Elmar Thaler (Südtirol) und Fritz Tiefenthaler (Nord- und Osttirol).

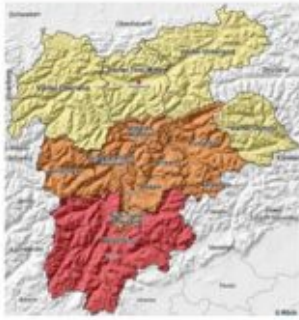
BRIXEN. Die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler soll ins Koalitionsabkommen der neuen österreichischen Regierung aufgenommen werden. Dafür hat sich der Verband „Tiroler Schützen“ bei seiner Landesausschusssitzung am Samstag in Brixen einstimmig ausgesprochen.

55 Delegierte des Bundes Tiroler Schützenkompanien, des Südtiroler Schützenbundes und des Welschtiroler Schützenbundes haben eine Resolution verabschiedet, welche sich für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler ausspricht. Das Schreiben soll an die Verhandlungsführer der Koalitions-

verhandlungen in Österreich die Bitte richten, sie mögen diesen Wunsch in ihr Koalitionsabkommen aufnehmen.

Dabei können die Schützen auf einen prominenten Fürsprecher zählen. Nach Nordtirols Landeshauptmann Günther Platter habe auch der Nordtiroler Landtagspräsident Herwig van Staa seine volle Unterstützung für die doppelte Staatsbürgerschaft sowie seine Hilfe auf Bundesebene angeboten.

Dem SID liegt das Originalschreiben in Kopie vor:



TIROLER SCHÜTZEN

SCHLERNSTRASSE 1, WALTHERHAUS
39100 BOZEN

S.g. Herrn
Sebastian Kurz
Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
Dr. Karl Renner-Ring 3
A - 1017 Wien

S.g. Herrn
Heinz Christian Strache
Freiheitlicher Parlamentsklub
Dr. Karl Renner-Ring 3
A - 1017 Wien

Bozen, den 27. November 2017

Betreff: Koalitionsverhandlungen – österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler

Sehr geehrter Herr Kurz, sehr geehrter Herr Strache!

Der Landesausschuss des Verbandes der Tiroler Schützen hat sich als Vertretung aller Schützenkompanien in Tirol mit seinen rund 20.000 Mitgliedern am vergangenen Samstag in Brixen für die Unterstützung des Vorhabens der Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler ausgesprochen.

Inhaltlich schließen wir uns dem von 19 Abgeordneten des Südtiroler Landtags an Sie übermittelten Schreiben an. Hiermit bitten wir Sie, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Mjr. Elmar Thaler
Geschäftsführender Landeskommandant Tiroler Schützen

Eine landesweite Diskussion brach los

Die SVP – „das Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufen“

Am 21. November 2017 berichtete das Südtiroler Internet-Portal „SALTO“ www.salto.bz/de, dass der **Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher** erklärt habe, dass er sich nicht öffentlich zum Thema äußern werde, **bevor nicht das Anliegen mit den Vertretern der beiden involvierten Regierungen – Österreichs und Italiens – besprochen worden sei.**

Noch deutlicher konnte Kompatscher nicht offenbaren, dass er an der Leine Roms läuft.

Am 22. November 2017 berichteten die „Dolomiten“, dass die Südtiroler Volkspartei (SVP) *„das Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufen“* abgebe. Der Landeshauptmann Kompatscher und der SVP-Obmann Achammer äußerten sich laut „Dolomiten“ ablehnend, während mehrere der SVP-Unterzeichner zu ihrer Unterschrift standen und erklärten, dass man solch wichtige Fragen als Südtiroler Regierungspartei nicht allein der Opposition überlassen dürfe.

Alpenvereinspräsident Georg Simeoni: „Ich würde auf jeden Fall ansuchen!“



Bild aus UT 24

Am 21. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass sich auch der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB) der Forderung nach der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler anschließe.

Der **Vorsitzende des ASGB, Tony Tschnett**, erklärt, *„dass die Schutzmacht Österreich mit ihrem Bekenntnis, die Südtiroler effektiv als ihresgleichen anzuerkennen, ihr Protektorat de jure weiter festigen und der deutschen und ladinischen Volksgruppe somit zusätzliche Sicherheit vermitteln könnte.“*

Der **Vorsitzender der ASGB-Jugend, Alexander Wurzer**, zeigt sich als überzeugter Unterstützer der von einer Mehrheit des Südtiroler Landtages lancierte Forderung:

„Zuallererst gilt allen Unterzeichnern des Schreibens mein Dank. Ich muss aber auch mein Unverständnis an jene richten, die das Schreiben nicht unterzeichnet haben, denn jede weitere Unterschrift hätte die Schlagkraft der Forderung bekräftigt.“

Bauernjugend-Obmann für doppelte Staatsbürgerschaft



Bild aus UT
24

Am 21. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **Obmann der Südtiroler Bauernjugend, Wilhelm Haller**, dem Anliegen äußerst positiv gegenüber stehe.

Haller denke, dass „eine Entwicklung hin zu einem vereinten Tirol sicherlich kein Fehler wäre“. Auch die Mitglieder der Südtiroler Bauernjugend seien in dieser Hinsicht *„sicherlich für alles offen“*. *„Würde man alle Jungmitglieder zusammen nehmen, so würde sicherlich ein Plus für dieses Anliegen herauskommen“*, meinte Haller.

Auf die Frage, ob er denn bei einem Zustandekommen der doppelten Staatsbürgerschaft auch gleich ansuchen würde, sagt Haller: *„Da wäre ich ganz bestimmt nicht abgeneigt“*.

SVP-Abg. Hans Benedikter: „Eine legitime Forderung“



Bild SSB

Am 22. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **ehemalige Parlamentsabgeordnete der Südtiroler Volkspartei, Hans Benedikter**, ein glühender Befürworter der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler sei. Im Gespräch mit UT24 ging er mit der Landesführung der SVP in dieser Sache hart ins Gericht und erklärte:

„Es ist eine Schande, dass die Führung der SVP, der Landeshauptmann und der Parteiobmann an der Spitze, nicht ganz klar und deutlich erklären: Selbstverständlich ist das ein Recht und eine Forderung, dass wir offiziell nicht nur unterstützen, sondern wo wir uns an vorderster Front befinden.“

Laut Benedikter sei es ein Skandal, dass Leute die diese Werte am meisten in den Vordergrund stellen müssten, sich „so verkriechen und so tun, als ob sich das nichts angehe“. Die Führung der Volkspartei hätte Forderungen stellen müssen, denn in Wien heiße es oft diskret, „wenn die SVP da nicht dahintersteht, dann tun wir uns schwer“.

Ehemaliger SVP-Obmann Siegfried Brugger: Mehr Mut!



Bild aus UT 24

Am 23. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **langjährige SVP-Obmann und Kammerabgeordnete Siegfried Brugger** seine eigene Partei zu „mehr Mut“ in Sachen Doppelpass aufgerufen habe.

Dass der SVP-Obmann Philipp Achammer die Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten, darunter sieben SVP-Vertreter, öffentlich dafür kritisiert hatte, weil sie sich mit einem Brief an ÖVP-Chef Sebastian Kurz in Sachen Doppelpass gewandt hatten, veranlasste Brugger zu folgender Stellungnahme:

„Wir Südtiroler haben genügend Augenmaß, um zu wissen, welche Anträge wir Österreich gegenüber stellen können und wir sind auch selbstbewusst genug, dass wir nicht bitten müssen, um fragen zu dürfen“.

Österreich und auch die SVP-Führung sollten sich in diesem Falle Italien zum Vorbild nehmen, so Brugger. Italien habe bereits 2006 in weitherziger Weise sehr vielen Auslands-Italienern, das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt. Dies sei durchaus mit der Situation Südtirols vergleichbar. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre folglich eine Frage der Gegenseitigkeit.

Es gehe lediglich um das gleiche Recht für alle Staatsbürger, eine von Vorfahren früher einmal besessene und dann verlorene Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Im Falle der Südtiroler sei das die österreichische Staatsbürgerschaft zusätzlich zur italienischen.

Ehemaliger SVP-Vize-Bürgermeister

von Bozen: „Ein wichtiges Zeichen“

Am 23. November 2017 meldete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **ehemalige Vize-Bürgermeister von Bozen, Klaus Ladinser (SVP)** die österreichische Staatsbürgerschaft annehmen würde, sofern dies möglich wäre. Ladinser erklärte:



„Es ist ein wichtiges Zeichen um unsere Südtiroler Kultur und Bevölkerung an Österreich zu binden. Es ist im europäischen Geiste und deshalb eine positive Entwicklung.“

Südtirols Freiheitliche: Historische Chance



Am 23. November 2017 veröffentlichten Südtirols Freiheitliche auf ihrer Internetseite eine Erklärung ihres Parteiobmannes Andreas Leiter Reber, „Wir Freiheitliche haben das Vorhaben, für Südtiroler den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, von vorneherein stets aktiv mitgetragen und unterstützt.“ Die österreichische Staatsbürgerschaft sei nicht nur ein Herzensanliegen, das für

die Stärkung der Identität als ethnische Minderheit in einem fremden Staat besonders wichtig ist. Durch die Möglichkeit, zusätzlich zur italienischen, auch die Staatsbürgerschaft des österreichischen Vaterlandes erwerben zu können, werde die Position Südtirols im Ausbau zur Selbstverwaltung massiv gestärkt und die Schutzfunktion Österreichs würde eine neue Qualität erreichen.

Aufruf: Solidarität über die Parteigrenzen hinweg!



Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) ist eine von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, welche sich für die Selbstbestimmung und Landeseinheit Tirols einsetzt.

Dessen Obmann Roland Lang sandte am 23. November 2017 nachstehende Presseerklärung aus, welche in den „Dolomiten“ und anderen Medien ihren Niederschlag fand:

Doppelpass: SHB ruft zur Solidarität über die Parteigrenzen auf

Das Jahr 2018 könnte ein besonderes Jubiläumsjahr werden: Nach hundert Jahren Trennung wird durch die Doppelstaatsbürgerschaft wieder eine engere Anbindung an das Vaterland Österreich herbeigeführt. Südtiroler können wieder Bürger Österreichs werden.

Es geht hier vorrangig nicht um wirtschaftliche Aspekte und nicht um Privilegien, sondern um die Stärkung der eigenen Identität, des eigenen Kulturbewusstseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls der Tiroler über die noch trennenden Staatsgrenzen hinweg.

Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner hat stets diese Verbundenheit betont und in Hinblick auf die Landeseinheit darauf hingewiesen, dass die Tiroler handeln müssen, wenn sich im Ablauf der Ereignisse ein Fenster für eine Lösung auftut.

Auch jetzt hat der Herr Altlandeshauptmann in Zusammenhang mit der anzustrebenden Doppelstaatsbürgerschaft auf diesen Handlungsbedarf hingewiesen. Die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft ist in der Tat ein Schritt in Richtung Landeseinheit.

In seinem Sinn und im Sinne der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer und politischen Häftlinge rufe ich als Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ den Politikern aller Südtiroler und österreichischen Parteien zu: Überwindet in dieser grundsätzlichen Frage die trennenden Parteigrenzen! Übt Solidarität und fordert diese auch von den österreichischen Kollegen ein!

Nicht nur eure jetzigen Wähler, sondern auch die künftigen Generationen werden es euch danken!

*Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB)*

Nordtirol steht Südtirol zur Seite

Mit den Südtiroler Landsleuten und ihrem Begehren nach Ermöglichung der österreichischen Staatsbürgerschaft solidarisierten sich:

Nordtirols Landeshauptmann Günther Platter



Die „Austria Presseagentur“ (APA) meldete am 23. November 2017:

19 von 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten haben in einem Schreiben an die Koalitionsverhandler in Wien den Wunsch nach einer Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler formuliert. Sie erhalten jetzt Unterstützung durch LH Günther Platter (ÖVP).

Der Wunsch werde aufrecht bleiben, solange es keinen „europäischen Pass“ gebe, so der Landeshauptmann gegenüber der APA. Er habe „Verständnis“ für die Landtagsabgeordneten, betonte Platter.

„Die Grenze zwischen Nord- und Südtirol ist und bleibt eine historische Unrechtsgrenze. Südtirol ist für die Tiroler Landesregierung ein Herzensanliegen. Wenn wir diese Tage den 250. Geburtstag von Andreas Hofer feiern, wird uns die enge Verbundenheit der beiden Landesteile wieder besonders bewusst“, sagte Platter.

**Altlandeshauptmann
Weingartner**

Wendelin



Das Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“ berichtete am 22. November 2017:

Nord- und Osttirols Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner (ÖVP) gilt als Südtirol-Kenner und Freund des Landes. Bereits des öfteren sprach sich Weingartner für sein „Herzensanliegen“, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler, aus. Im Interview mit UT24 nimmt Weingartner zu den aktuellen Entwicklungen Stellung:

„Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Anbindung von Südtirol an Österreich. Nachdem Italien seinen Bürgern in anderen Staaten auch diese doppelte Staatsbürgerschaft gibt, kann es nicht sein, dass Italien bei den Südtirolern was dagegen hat. Es wäre natürlich ein schönes Zeichen. Ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn sowas möglich wäre.“

Landtagspräsident Herwig van Staa



Die Südtiroler Landtagsabgeordneten Sven Knoll (links) und Bernhard Zimmerhofer (rechts) zu Besuch bei Landtagspräsident Herwig van Staa (Mitte).

24. November 2017: Im Interview mit dem Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“ erklärte Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa (ÖVP), dass er zu den glühenden Befürwortern einer Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gehöre.

„Ich bin ganz klar der Meinung, dass Österreich die Südtiroler gleich behandeln sollte, wie die Italiener ihre Abkömmlinge in Dalmatien. Diesen Angehörigen wurde ja auch die italienische Staatsbürgerschaft zuerkannt.“

Bundesratspräsident a. D. Helmut Kritzinger

Am 24. November 2017 berichtete das Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“: In der Debatte um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler meldet sich nun auch der im Sarntal geborene **ÖVP-Politiker Helmut Kritzinger** zu Wort. Der **ehemalige Präsident des**



österreichischen Bundesrates erklärt gegenüber **UT24**, warum der Doppelpass für Südtirol große Vorteile hätte.

Kritzinger beurteilt die aktuelle Diskussion um eine österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler als **„positiv“**.

„Ich glaube, dass heute eine viel größere Akzeptanz für eine Doppelstaatsbürgerschaft da ist. Zumal Italien ja selbst seinen Minderheiten im Ausland eine solche gestattet. Da müsste das für Südtirol erst recht gelten“, so Kritzinger.

Würde die doppelte Staatsbürgerschaft umgesetzt werden, so wäre dies laut Kritzinger **„ein großer Gewinn für Südtirol“**. Denn dadurch würde das Land sowohl in Wien, wie auch in Rom **„eine ganz andere Stärke haben, um gewisse Dinge durchzusetzen“**.

Man wird nun sehen, ob der ÖVP-Parteiboss und designierte künftige Bundeskanzler Sebastian Kurz bereit sein wird, den Wünschen der Südtiroler nach Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft zu entsprechen.

In vergangenen Jahrzehnten hatte sich die Spitze der Bundes-ÖVP hier wenig solidarisch verhalten und hatte sich mehr an

den Wünschen Roms als an denen der Südtiroler Landsleute orientiert. Es ist zu hoffen, dass diese damaligen Verhaltensweisen keine Auferstehung feiern, welche der **Historiker Helmut Golowitsch** in einem Aufsehen erregenden Werk aufgezeigt hat:

Ein „Komplott ungeahnten Ausmaßes“



Südtirol

Opfer für das westliche Bündnis



ISBN 978-3-7020-1708-8

Helmut Golowitsch

SÜDTIROL – OPFER FÜR DAS WESTLICHE BÜNDNIS

Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte

607 Seiten, zahlreiche S/W- und Farbbildungen, Hc.

€ 34,80

Der Autor, der bereits durch eine Reihe einschlägiger Arbeiten hervorgetreten ist, behandelt die heimliche Zusammenarbeit zwischen führenden Politikern der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der italienischen Democrazia Cristiana (DC) in der Zeit von 1945–1967. Er zeigt anhand erstmals abgedruckter Dokumente auf, wie bestimmte ÖVP-Politiker ungeachtet anderslautender Beteuerungen die italienischen „Freunde“ in der Annahme bestärkten, sie könnten sich Südtirols, ihrer Beute aus dem Ersten Weltkrieg, sicher sein.

Während man den Österreichern vorgaukelte, man würde für die Rückkehr Südtirols zu Österreich arbeiten, ließ beispielsweise Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) den „italienischen Freunden“ durch einen verdeckten Unterhändler ausrichten, man sei damit einverstanden, dass die Grenze am Brenner verbleibe. Diese Geheimpolitik zum Nachteil Südtirols erreichte unter der Regierung von Josef Klaus einen traurigen Höhepunkt. Es fanden Treffen mit italienischen Politikern, Polizeifunktionären und Geheimdienstagenten statt, die man vor der Öffentlichkeit und vor allem vor den Tiroler Landespolitikern geheim hielt. Die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ kommentierte, die hier vorgelegten Enthüllungen seien „an Brisanz kaum zu überbieten“, und erkannte „ein Komplott ungeahnten Ausmaßes“. Und auch der Salzburger Historiker und emeritierte Universitätsprofessor Reinhard Heinisch stellte fest: „Dieses neue Buch von Helmut Golowitsch belässt in einem bestimmten Abschnitt unserer jüngsten Zeitgeschichte keinen Stein auf dem anderen. Die Ergebnisse dieser Dokumentation sind wirklich erschütternd und aufwühlend.“

Der Autor

Dr. Helmut Golowitsch, Jahrgang 1942, hat bereits etliche Dokumentationen zur Südtiroler Zeitgeschichte publiziert.



LEOPOLD STOCKER VERLAG

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt im Versand über:

Bücherquelle Buchhandlungsgesellschaft m.b.H.,

Hofgasse 5, 8010 Graz, Tel.: +43/316/821636-111, office@buecherquelle.at

Unser Programm finden Sie unter www.buecherquelle.at

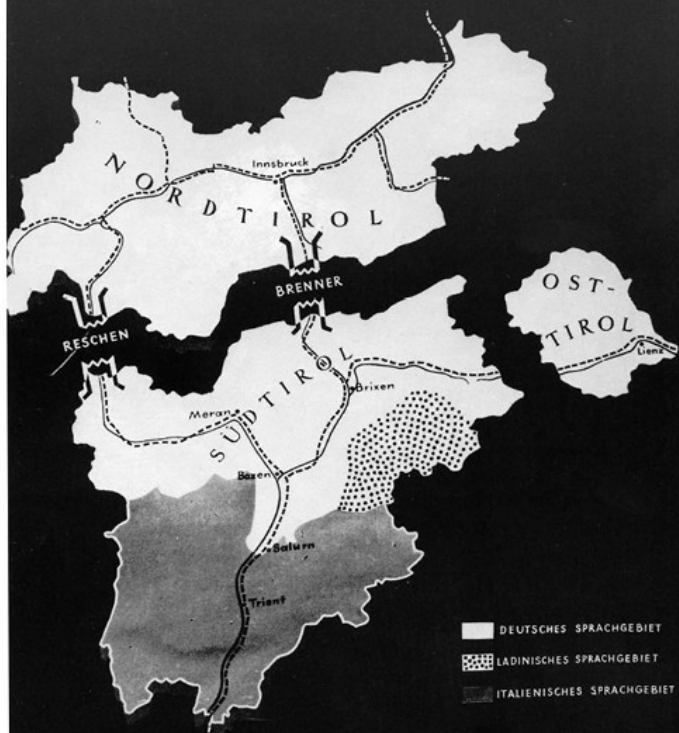
Stachel im Fleisch der Politik

Allen Widrigkeiten zum Trotz halten die Schützen im Süden des 1919 geteilten Landes an der Wiedervereinigung Tirols fest.

von Reinhard Olt

Wer sich mit historischen Publikationen zum Thema (Süd-)Tirol befasst und die mediale Berichterstattung der letzten Jahre verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, mit der 1969 zustande gekommenen und 1972 statutarisch verankerten Selbstverwaltung für die „Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige“ und dem unlängst in Meran, Bozen und Wien politisch-medial beweihräucherten Rückblick auf „25 Jahre österreichisch-italienische Streitbeilegung“ von 1992 sei die seit Ende des Ersten Weltkriegs schwärende Wunde der Teilung Tirols ein für allemal geschlossen. Weit gefehlt. Demoskopische Erhebungen förderten zutage, dass in Österreich – insbesondere im Bundesland Tirol – wie im von Italien 1918 annektierten südlichen Teil Tirols das Empfinden historischen Unrechts sowie das Gefühl der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit nach wie vor ausgeprägt sind.

DIE ZERREISSUNG TIROLS NACH DEM 1. WELTKRIEG



Nach wie vor wird die Teilung Tirols von vielen Österreichern als zu ändernder Unrechtszustand empfunden

Die große Mehrheit aller Befragten bekundete auch das Verlangen nach (einem Referendum zwischen Brenner und Salurner Klause über die) Ausübung des sowohl nach dem Ersten, als auch nach dem Zweiten Weltkrieg der dortigen Bevölkerung verweigerten Selbstbestimmungsrechts. Dafür sprachen sich sogar viele der befragten ethnischen Italiener in der benachbarten Provinz Trient aus, mit der Bozen-Südtirol in einer „Regione Autonoma Trentino-Alto Adige“ zwangsvereint ist. In Südtirol selbst waren sich die Befragten – trotz unterschiedlicher Vorstellungen der maßgeblichen politischen Kräfte über die anzustrebende weitere Entwicklung des Landes (Vollautonomie; Freistaat; Rückgliederung an Österreich) – mehrheitlich darüber einig, dass dessen Zukunft jedenfalls in der Unabhängigkeit von Italien, mithin im „Los von Rom“, zu suchen sei.

Österreicher für Südtirol-Referendum

89 Prozent der Österreicher würden es begrüßen, wenn die Südtiroler in einem Referendum über ihre staatliche Zugehörigkeit abstimmen könnten. Genauso viele fänden es gut, wenn Südtirol dabei für eine Wiedervereinigung mit Österreich stimmen würde. Das geht aus einer im Auftrag des Südtiroler Heimatbundes durchgeführten Umfrage des Linzer Marktforschungsinstitutes Spectra hervor. 83 Prozent der 1000 Befragten sind auch dafür, den Südtirolern die Doppelstaatsbürgerschaft zu gewähren.

ben von
lgen.

e aus
t

n hefti-
n kurdi-



Im Jänner 2015 stellte der Vorstand des „Südtiroler Heimatbundes“, einer von ehemaligen Südtiroler politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, zusammen mit Prof. Dr. Olt (2. von rechts), der Öffentlichkeit eine Aufsehen erregende Meinungsumfrage vor, wonach die überwiegende Mehrheit der

Österreicher nach wie vor für die Selbstbestimmung Südtirols eintritt.

Dass Loslösung von Italien im öffentlichen Raum ein Diskussionsthema ist und bleibt, dafür sorgen – neben drei deutschtiroler Oppositionsparteien, die seit der Landtagswahl von 2013 im Parlament zu Bozen zusammen 10 von 35 Abgeordneten stellen – der Südtiroler Heimatbund (SHB), die Vereinigung ehemaliger Freiheitskämpfer, sowie vor allem der Südtiroler Schützenbund (SSB).

Dieser mitgliederstarke Traditionsverband, dessen Wurzeln ins frühe 16. Jahrhundert zurückreichen, tritt in Treue fest für die Bewahrung der Tirolität im fremdnationalen Staat sowie unerschütterlich für die Aufrechterhaltung des Ziels der Landeseinheit ein. Wiewohl politisch gänzlich unabhängig, bilden mehr als 6000 Mitglieder, von denen über 5000 in 140 Schützenkompanien sowie in 3 Schützen(musik)kapellen aktiv sind, mitsamt Familienangehörigen ein ansehnliches gesellschaftliches Potential.

Wann und wo immer sie aufmarschieren in ihrer pittoresken Montur – sie sind eine Augenweide fürs Publikum. Im alpinen Tourismus würden ihre Farbtupfer fehlen, träten sie nicht in Kompaniestärke oder gar noch größeren Formationen auf, wenn es gilt, gelebte Tradition augen- und ohrenfällig werden zu lassen. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass zwischen Oberbayern und Welschtirol (Trentino) beheimatete Schützenformationen an den meisten Urlaubsorten von Besuchern allzu gerne als folkloristische Draufgabe auf ihren wohlverdienten Ferienaufenthalt empfunden werden.

Wer indes einmal einen Blick in eine Ortschronik oder gar in ein Geschichtsbuch wirft, dem wird sich die historische Dimension des Schützenwesens alsbald erschließen. Dies gilt samt und sonders für jene Landstriche im Dreieck zwischen Konstanz, Kufstein und Ala am Gardasee, die einst die „Gefürstete Grafschaft“ respektive das „Land im Gebirg'“, wie

es oft in Urkunden bezeichnet wird, mithin das alte Tirol ausmachten. Überall dort geht die Existenz der Schützen auf das sogenannte Landlibell Kaiser Maximilians I. (1459–1519) zurück.

Der „letzte Ritter“, wie man ihn auch nennt, erließ 1511 jenen urkundlich verbrieften Rechtsakt, in welchem er die Freiheiten der Tiroler Stände festlegte und damit zugleich das Wehrwesen und also die Organisation der Landesverteidigung durch Aufgebote städtischer und ländlicher Bewohner mitsamt einer Aufteilung der Mannschaftskontingente regelte. Das Landlibell legte fest, dass die Tiroler nicht verpflichtet waren, für einen Herrscher außerhalb der Landesgrenzen in den Krieg zu ziehen. Dafür sicherten die Stände zu, bei Feindeseinfall Tirol zu verteidigen.



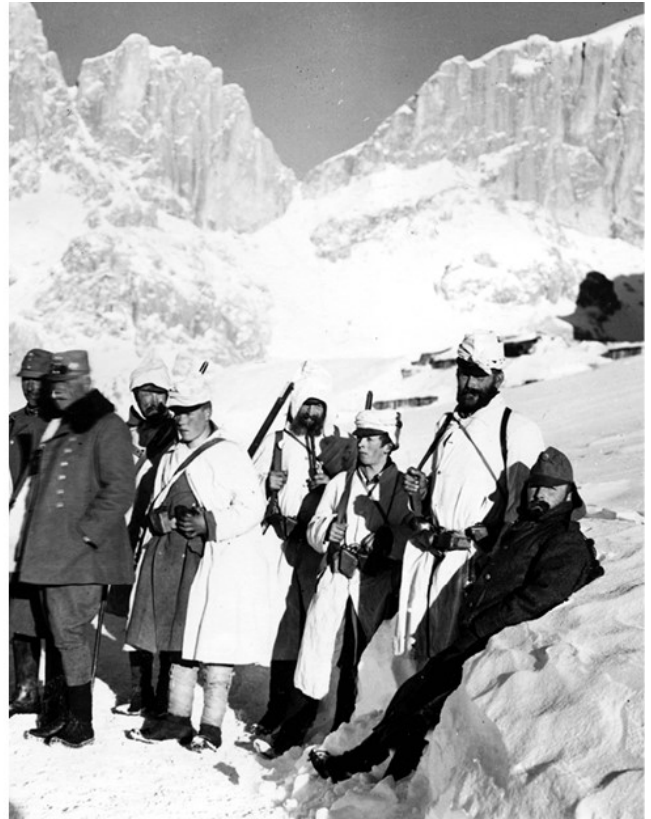
Das „Landlibell“ von 1511 regelte für die kommenden Jahrhunderte die Landesverteidigung Tirols und war die entscheidene Grundlage der Landesverteidigung von 1809



Weithin bekannt wurde das Tiroler Schützenwesen vor allem durch die Abwehrkämpfe während der kriegerischen Einfälle der Bayern 1703 sowie der Franzosen (nebst ihrer bayerischen Verbündeten) in den Jahren 1796/97 und 1809. Die Bergisel-Schlachten unter dem aus dem Südtiroler Passeiertal stammenden Kommandanten und Volkshelden Andreas Hofer – plastisch und drastisch nachzuerfolgen am „Riesenrundgemälde“ im Tirol-Panorama, einem eigens 2010 errichteten Museum am gleichnamigen Berg nahe Innsbruck – trugen wesentlich dazu bei, dass der Mythos vom wehrhaften Bergvolk, das selbst Napoleon trotzte, in ganz Europa bekannt wurde.

Das Landlibell galt im Kern bis zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, und selbst während des Ersten Weltkriegs wurden Tiroler Standschützen stets nur zur Verteidigung der Heimat und eben nicht auf außertirolischen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Daran und an „500 Jahre Landlibell als Geburtsurkunde der Tiroler Schützen“ war 2011 in Innsbruck im

Beisein von deren Abordnungen aus eben jenem historischen Tirol – des österreichischen Bundeslandes sowie der italienischen Provinzen Bozen-Südtirol und Trentino – feierlich erinnert worden.



Auch im Ersten Weltkrieg wurden die Standschützen nur zur Verteidigung der Grenzen Tirols eingesetzt

Nirgendwo dort fehlen Schützen bei einer größeren Festveranstaltung. Fast in jeder Gemeinde gibt es eine Kompanie, die bei festlichen Anlässen „ausrückt“ und mittels Gewehrsalven eines Schützen-Detachements den Festcharakter lautstark unterstreicht. Heutzutage haben diese Waffen tragenden Tiroler in ihren schmucken, regional und sogar lokal unterschiedlichen Uniformen feindliche Truppen nicht mehr abzuwehren, wenngleich Degen und Karabiner zu ihrer „Standardausrüstung“ gehören. Der wehrhafte Geist ist ihnen indes ganz und gar nicht abhandengekommen, wenn sie sich – im engeren wie im weiteren Sinne – um die „Heimat“ kümmern: Sie initiieren und beteiligen sich aktiv an Renovierungsaktionen für Bauwerke; dasselbe gilt für Reinigungsaktivitäten besonders dort, wo das Wegwerfgut des Massentourismus zu

beseitigen ist.

Vor allem aber engagieren sie sich in der sozialen Fürsorge für ältere Mitbürger. Trotz äußerlicher Verschiedenheit, wie sie an Gewand und Hüten, an Uniform-/Tracht- und Hutschmuck sowie an ihren Fahnen auszumachen ist, eint sie Tradition und Heimatverbundenheit, wie sie sich in den Grundsätzen des Schützenwesens manifestieren (dazu gehören „Treue zu Gott und dem Erbe der Väter“, „Schutz von Heimat und Vaterland“ sowie „Einheit des Landes“).

Letzteres führte mitunter zu Auseinandersetzungen in und zwischen den drei maßgeblichen Schützenverbänden – sehr stark beeinflusst von den in den Tiroler Landesteilen dominanten politischen Kräften respektive regierenden Parteien, von denen im Bundesland Tirol die ÖVP und in der Provinz Bozen-Südtirol deren Pendant SVP seit dem Zweiten Weltkrieg ununterbrochen an der Macht sind.

Dass Streit über die Landeseinheit mittlerweile als „Schnee von gestern“ gelten darf, ist in erster Linie dem Betreiben des SSB und dessen Landeskommandanten Major Elmar Thaler sowie der Mitwirkung seines Pendants im Norden – Major Fritz Tiefenthaler, Kommandant des Bundes Tiroler Schützenkompanien (BTSK) – zuzuschreiben.

Hieß der übergreifende Grundsatz zwischen Nord und Süd in den 1990er Jahren „geistige und kulturelle Landeseinheit“, so ist in den letzten Jahren, weitgehend inauguriert vom SSB, immer stärker auch die „politische Einheit des Landes“ in den Mittelpunkt gemeinsamer Zielsetzungen gerückt. Und mit der Neugründung eines (die ansonsten eigenständigen Schützenverbände Tirols, Südtirols und Welschtirols) vereinigenden „Verbandes Tiroler Schützen“ (VTS) wurde die „Landeseinheit Tirols“ in dessen Statut fixiert. Jedes Jahr übernimmt ein anderer Landeskommandant die Führung der darin vereinten mehr als 20.000 Schützen Gesamttirols.

Sichtbarster Ausdruck der Veränderung vom „unpolitischen“ – und von zeitgeistfrommen Zeitgenossen abschätzig „heimattümelnd“ genannten – Charakter zu einem durchaus ernstzunehmenden politischen Faktor in beiden Teilen Tirols war der „Freiheitsmarsch“ der Schützen 2012 in Bozen. Damit war erstmals auch die personifizierte gesamttirolische Verbandseinheit dokumentiert worden, indem der Südtiroler Landeskommandant Elmar Thaler, der Nordtiroler Fritz Tiefenthaler und der Welschtiroler Giuseppe Corona an der Spitze den farbenprächtigen Zug von Tausenden ihrer Mannen nebst Marketenderinnen und Sympathisanten in gleichem Schritt und Tritt quer durch die Stadt auf den Platz vor das Landhaus (Landtag) zur Abschlusskundgebung führten.





Ein Bild, das Bände spricht: Die Schützen, ihnen voran die Kommandanten (v. l. Fritz Tiefenthaler, Elmar Thaler und Welschtirols Vize Giuseppe Corona), lassen Italien symbolisch hinter sich. Sie wollen, dass die Politik das durchsetzt.



Schulter an Schulter standen die Schützen am Silvius-Magnago-Platz und spendeten den Rednern tosenden Applaus für ihre Forderungen. In 71 Bussen und zahlreichen Privatautos führen sie wieder nach Hause – die Letzten kurz nach 23 Uhr.

Drei-Kilometer-Marsch für Freiheit

SCHÜTZENMARSCH: Regierungskommissär empfängt Schützen nicht – Elmar Thaler: „Wir können uns Italien nicht mehr leisten“

(„Dolomiten“ vom 16. April 2012)



Am 14. April 2012 hatten die Südtiroler Schützen zu einem großen „Freiheitsmarsch – ohne Rom in die Zukunft“ durch Bozen aufgerufen. An die 6.000 Menschen waren gekommen, unter ihnen Abordnungen der Nordtiroler und der Welschtiroler Schützen. An der Spitze des Zuges marschierten die Landeskommandanten der

Schützen. Von links nach rechts: Der Nordtiroler Landeskommendant Major Mag. Fritz Tiefenthaler („Bund der Tiroler Schützenkompanien“), Landeskommendant Elmar Thaler („Südtiroler Schützenbund“) und Vize-Landeskommendant Giuseppe Corona („Welschtiroler Schützenbund – Federazione Schützen del Welschtirol“).

Dort fassten sie zusammen, was die einzelnen Kompanien in griffige Parolen gekleidet auf Spruchbändern mit sich geführt hatten und was Ziel des demonstrativen, aber gänzlich unmartialisch verlaufenen Aufmarschs sein sollte: Der „Mut zum Bekenntnis und zur Tat“ gipfelte in dem wider Italien gerichteten Bekenntnis „Unser Staat ist das nicht“, respektive im Verlangen „Schluss mit der italienischen Verwaltung“.

In Anlehnung an den November 1989 in der damaligen DDR hieß es auch auf rotweißen Spruchbändern, die der Tiroler Adler zierte: „Wir sind das Volk“. Womit zugleich das Verlangen nach Wiedervereinigung des seit Ende des Ersten Weltkriegs geteilten Tirols Ausdruck fand. All das verdichtete sich in den beiden markanten Parolen von der „Ausübung des Selbstbestimmungsrechts“ und der „Verabschiedung aus Italien“, mithin dem „Los von Rom“. Es fehlte auch nicht an Schelte für „Politiker, die der Landeseinheit im Wege stehen“. Vom SSB initiierte und organisierte „Unabhängigkeitstag“ in Meran 2013 und in Bruneck 2016, zu denen sich Vertreter zielgleicher nationaler Minderheiten aus **EU**ropa einfanden, gerieten zu selbstbewussten Manifestationen wider assimilatorische Entnationalisierung sowie des unbedingten Willens zur Selbstbehauptung und des Verlangens nach Verwirklichung des in der UN-Charta verankerten Selbstbestimmungsrechts.



Unabhängigkeitstag in Meran 2013



Unabhängigkeitstag in Bruneck 2016

Die Schützen wissen, dass sie mit derartigen Aktivitäten mitunter auf Ablehnung stoßen: nicht allein in Rom (zur Gänze) sowie (weithin) in der politischen Klasse Wiens und Innsbrucks, sondern auch und vor allem bei der SVP. Die 1945 gegründete „Sammelpartei“ hat sich längst mit den obwaltenden, weil mitgestalteten Verhältnissen arrangiert. Dem Arrangement fiel das in ihren Parteistatuten als

Gründungszweck und hehres Verwirklichungsziel verankerte Selbstbestimmungsbegehrt „realpolitisch“ ebenso zum Opfer wie ihr die einst auch von ihr als höchsten Daseinszweck propagierte Landeseinheit faktisch obsolet geworden ist. Dies legte die seit der Streitbeilegung 1992 immer öfter ins Auge stechende, dem Machterhalt dienende und für Funktions- und Amtsträger sowie dem sozial und ökonomisch nutznießenden Teil der eigenen Wählerklientel einträgliche Maxime des „Kompromisses um jeden Preis“ offen. Man tritt der gegenwärtigen SVP-Führung und dem Gros ihrer Parlamentarier gewiss nicht zu nahe, wenn man sie als italophil bezeichnet.

Dass dies zwangsläufig zu Konflikten mit dem Schützenbund führen muss(te), dessen Wiedergründung ohne Beistand und Rückhalt der SVP 1957 kaum denkbar gewesen wäre und zu dessen erstem Kommandanten infolgedessen der damalige Landeshauptmann Dr. Alois Pupp bestimmt worden war, ist in den letzten Jahren häufig zutage getreten. Das Wiederaufleben des im italienischen Faschismus verbotenen Schützenwesens geschah gegen den hartnäckigen Widerstand des „demokratischen Italiens“, das – in Südtirol übrigens bis heute – zäh sein geistiges faschistisches Erbe verteidigt. In Rom war und ist man sich der Bedeutung des Schützenwesens bewusst, dessen traditioneller Daseinszweck auf Bewahrung der Identität und Freiheit der Tiroler sowie auf Wiedererlangen der Landeseinheit gerichtet ist.

Von den 1950er bis zu den frühen 1980er Jahren herrschte hinsichtlich dieser Ausrichtung weithin Übereinstimmung mit der SVP, zudem bestand eine gewisse personelle Identität. Man tut wohl niemandem Unrecht, wenn man den SSB bis zur zäsuralen „Schützenrevolte“ auf der denkwürdigen Landesversammlung (dem Parteitag) 1986 in Meran als eine der SVP-„Vorfeldorganisationen“ charakterisiert. Das hat sich seitdem fundamental geändert. Zwischen SVP und SSB, der sich von ihr emanzipierte und mehr und mehr zum Stachel im Fleische der Politik wurde, ist heute der Bruch unübersehbar.

Die Schützen haben wieder und wieder bewiesen, dass sie trotz (gesellschafts)politischer Gegenwinds an ihrem historisch begründeten und legitimierten Auftrag sowie an ihrem tradierten Wertgefüge festhalten und standfest bleiben. Daher ist es vornehmlich ihnen zu danken, dass das letzte Wort bezüglich der Zukunft (Süd-)Tirols wohl noch lange nicht gesprochen ist.



Olt, Reinhard: „Standhaft im Gegenwind. Der Südtiroler Schützenbund und sein Wirken für Tirol als Ganzes“ Neumarkt a.d. Etsch (Effekt GmbH) 2017, 364 Seiten, Hardcover, Format 260×235 mm, illustriert, ISBN 978-88-97053-39-2; Preis 25,- Euro

Mein soeben erschienenes Buch „Standhaft im Gegenwind“. Der Südtiroler Schützenbund und sein Wirken für Tirol als Ganzes“ legt all dies faktengesättigt offen. Wobei eine Fülle exklusiver Informationen aufgeboden werden konnten, die man sowohl in der journalistischen, als auch in der bisherigen wissenschaftlichen Publizistik vergeblich sucht. Diese facettenreiche Publikation über den Südtiroler Schützenbund stellt daher zugleich eine detaillierte Beschreibung der ins

österreichisch-italienische Verhältnis eingebetteten politischen Handlungen beider Tirol dar. Mithin schließt die Darstellung auch eine Lücke in der Aufarbeitung der jüngeren Zeitgeschichte.



Prof. Dr. Reinhard Olt bei der Vorstellung seines Buches am 2. Mai 2017 im Bozener Waltherhaus

„Standhaft im Gegenwind“

Das ist der Titel eines neuen Buches des Publizisten und Historikers Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Michael Olt, welches

am 29. April 2017 auf der Bundesversammlung des Südtiroler Schützenbundes der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Der Verfasser

Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Michael Olt

Geboren 1952, war von 1985 bis 2012 Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, davon 18 Jahre deren Politik-Korrespondent für Österreich, Ungarn, Slowakei, Slowenien. Seit 2012 Lehrtätigkeit an österreichischen und ungarischen Hochschulen; ca. 100 wissenschaftliche Publikationen; zahlreiche Publizistikpreise. Von 1992 bis 2008 Mitglied im Gesamtvorstand der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS). Auszeichnungen: Tiroler Adler-Orden (1990); Goldenes Ehrenzeichen der Steiermark (2004); Verdienstorden der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol (2009); Großer Adler-Orden des Landes Tirol (2013). Akademische Ehrungen: „Doctor honoris causa“ (Dr. h.c.) der Eötvös-Loránd-Universität Budapest (2012); Österreichisches Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst (2013).

Auch die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ berichtete darüber:

Südtirol Mittwoch, 3. Mai 2017 - **Dolomiten**

Reinhard Olt mahnt, die Tiroler Frage offen zu halten

Professor Reinhard Olt, langjähriger Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Südtirol-Experte, hat ein Buch über die Geschichte der Südtiroler Schützen geschrieben: „Standhaft im Gegenwind“. Er spricht sich für eine Landeseinheit aus und ruft die Schützen dazu auf, weiterhin „Stachel im Fleisch“ zu sein: „Vergesst niemals, dass die Tiroler Frage offen bleiben muss“, betonte Olt. „Wenn es gilt, den Saum des Mantels der Geschichte zu ergreifen, dann muss man wissen, wo man ist.“

Eine höchst informative Darstellung der jüngeren Zeitgeschichte Südtirols

Olt hat mit seinem Werk eine Lücke in der Aufarbeitung der jüngeren Zeitgeschichte Südtirols geschlossen. Sein Buch schildert nicht nur die Entwicklung des Südtiroler Schützenwesens, es ist auch eine detaillierte – sich aber nicht in Nebensächlichkeiten verlierende – Darstellung der jüngeren Zeitgeschichte Tirols und liefert eine Fülle von Informationen, die man in zahlreichen anderen Publikationen so nicht vorfindet. Die zeitgeschichtlichen Informationen werden ergänzt durch Bilder, die zum Teil erstmals veröffentlicht werden.

Von den Anfängen zur Gegenwart

Ausgehend von der Schilderung der historischen Ursprünge des Tiroler Schützenwesens und dessen prägenden Beiträgen zur Wehrhaftigkeit, zum Freiheitswillen und somit zur Identität Tirols kommt der Verfasser rasch auf die jüngeren Zeitläufte zu sprechen.

Militärisch trat das Tiroler Schützenwesen letztmals im Jahre 1915 in Erscheinung, als die für den regulären Kriegsdienst zu alten oder zu jungen Freiwilligen in den Reihen der Standschützen Tirol an der Hochgebirgsfront erfolgreich gegen den Überfall des vertragsbrüchigen Königreichs Italien verteidigten.

Die Annexion Südtirols führte zur Auflösung des Schützenwesens und zur Beschlagnahme seines Eigentums durch Italien.



Der Schützenmajor und
spätere
Freiheitskämpfer Georg
Klotz

Nach 1945 gelang es Patrioten wie dem unvergesslichen Schützenmajor und späteren Freiheitskämpfer Georg Klotz, das Schützenwesen in Südtirol neu zu beleben. Dies geschah gegen den andauernden Widerstand eines Staates, der zäh sein geistiges faschistisches Erbe verteidigte und den Schützen mit zahlreichen Schikanen und Verboten Steine in den Weg legte.

In Rom war man sich der Bedeutung des Schützenwesens bewusst. Dessen geistiges Erbe war die Bewahrung der Identität, der Freiheit Tirols und das Streben nach Wiedergewinnung der Landeseinheit. Es ging um den Schutz der Heimat. In den Augen der römischen Politiker war dies natürlich Hochverrat. Die Schützen traten für ihre Ziele nun mit geistigen statt militärischen Waffen ein.

Die Reihen der Schützen bildeten sich vorwiegend aus den „kleinen Leuten“ des Landes. Sie waren nicht bestechlich. Sie

lebten nicht von der Politik, sondern brachten persönliche Opfer. Ihnen konnte man im Gegensatz zu manchen Parteipolitikern nicht augenzwinkernd politische Gegengeschäfte vorschlagen oder sie durch persönliche Zuwendungen korrumpieren.

Professor Dr. Olt zeichnet nach, wie „Klotz und mutige Gleichgesinnte“ nach der gewaltigen Volkskundgebung von Sigmundskron von 1957 den „Südtiroler Schützenbund“ (SSB) ins Leben riefen. Dabei stand ihnen die damalige Sammelpartei aller Südtiroler, die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) zur Seite. Der Landeshauptmann Dr. Alois Pupp wurde erster Landeskommandant.

Das Freiheitsstreben des Landes sichtbar gemacht

Das Freiheitsstreben des südlichen Tirols wurde der ganzen Welt vor Augen geführt, als die Schützen auf dem großen Landesfestumzug von 1959 in Innsbruck nicht nur der Taten Andreas Hofers und seiner Mitstreiter vor 150 Jahren gedachten, sondern eine riesige schmiedeeiserne Dornenkrone unter begeisterter Zustimmung der Bevölkerung durch die Straßen Innsbrucks trugen. Die Dornenkrone drückte den Schmerz über die Landesteilung aus – und die Bevölkerung verstand dies sehr gut.



Die Dornenkrone von 1959

In Rom reagierte man wie zu Mussolinis Zeiten mit Ausrückungsverboten, Versammlungsverboten, Verbot der Schützentrachten, Fahnenverboten und allen sonst erdenkbaren Schikanen.

Der „Südtiroler Schützenbund“ (SSB) musste seine Tätigkeit einstellen. Diese Maßnahmen waren aber nur Teil einer viel größeren Repression, welche die gesamte deutsche und ladinische Bevölkerung Südtirols traf und zu einer unhaltbaren Situation führte, die sich zunächst in einzelnen Anschlägen und schließlich 1961 dann in der „Feuernacht“ des Freiheitskampfes entlud.

Persönliche Opfer



Luis Amplatz wurde von einem Agenten im Auftrag des italienischen Staates ermordet

Zahlreiche Schützen wurden verhaftet, von den Carabinieri schwer gefoltert und gingen für viele Jahre ins Gefängnis. An den Folgen der erlittenen Folter starb der Schütze Franz Höfler. Der Schütze Luis Amplatz wurde im Auftrag der italienischen Polizei von einem Agenten heimtückisch im Schlaf ermordet, während der Schütze Georg Klotz sich schwer verletzt retten konnte.

Die Zeit des Freiheitskampfes war auch die Zeit der Unterdrückung des Schützenwesens im südlichen Tirol. Erst ab 1967 konnte der „Südtiroler Schützenbund“ wieder in Erscheinung treten und tat dies in alter Grundsatztreue.

Lösen aus Bevormundung

Der zeitgeschichtliche Berichterstatter Prof. Dr. Olt schildert, wie die Schützen sich aus der Vormundschaft der SVP befreiten, als die Partei sich immer mehr zur Erfüllungspolitik gegenüber Rom bereitfand. Die Schützen indes waren nicht bereit, in ihrer Montur lediglich als farbenprächtiger Aufputz für Parteiveranstaltungen zu dienen. So kam es zu einer allmählichen Loslösung von der SVP.

Verfolgung durch die Staatsmacht

1987 demonstrierte ein überparteiliches Komitee, dem sowohl einige SVP-Funktionäre als auch Schützen angehörten, in Wien anlässlich der internationalen KSZE-Konferenz für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler.

Die italienische Justiz packte daraufhin den immer noch in Geltung befindlichen faschistischen Repressionsparagrafen 269 des Strafgesetzbuches („Staatsfeindliche Tätigkeit im Ausland“) aus der Mottenkiste der Geschichte und ließ die Demonstrationsteilnehmer verhaften.

Die Spitze der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) verhielt sich ebenso wie die österreichische Regierungspartei ÖVP mehr als zurückhaltend, um in Rom nicht unliebsam anzuecken.

Letztendlich musste das skandalöse Verfahren nach dem alten Faschistenparagrafen, welches mittlerweile in ganz Europa Aufmerksamkeit erregt hatte, wieder eingestellt werden.

Die Schützen hatten sich die Schneid nicht abkaufen lassen. Im Frühjahr 1991 demonstrierten sie in Bozen für die Entfernung des faschistischen „Siegesdenkmals“ und ließen sich weder durch Anpöbelungen junger italienischen Neofaschisten, noch durch Strafbescheide der italienischen Justiz beeindrucken.



Auch auf dem Alpenregionsfest in Matriei bekräftigten die Schützen ihre Botschaft.



Fernsehübertragungen machten die Tatsache des Weiterbestehens faschistischer Denkmäler in Südtirol in ganz Europa bekannt.

Die Schützen standen und stehen zu ihren Überzeugungen

Am 15. September 1991 fand auf den Wiesen oberhalb des Brennerpasses, welcher das Land Tirol bis heute teilt, eine von der SVP-Spitze abgelehnte Großkundgebung unter der Devise „Nachdenken über Tirol“ statt. Viele tausende Schützen aus allen Landesteilen bekundeten ihr Eintreten für die Selbstbestimmung.



Prof. Dr. Olt schildert in seinem reich bebilderten Werk auch weitere Initiativen der Schützen und öffentliche Kundgebungen, die wiederum Gerichtsverfahren unter Verwendung alter faschistischer Repressionsparagrafen nach sich zogen.

Die Schützen ließen und lassen sich von solchen Schikanen nicht abschrecken. Sie demonstrieren gegen das Weiterleben des Faschismus in Südtirol, gegen die Faschistendenkmäler und fordern öffentlich die Abschaffung der erfundenen faschistischen Ortsnamen

Doppelspiel der Politiker

Die akribische Zeitgeschichtsschreibung Olts fördert zutage, wie die Bestrebungen der Schützen von einigen Politikern südlich wie nördlich des Brenners auf der öffentlichen Bühne vor den Kulissen lauthals gelobt und hinter den Kulissen hintertrieben und sabotiert wurden.

Deutlich wurde diese Taktik, als im Jänner 2006 die Landeskommandanten der Südtiroler wie der Nordtiroler Schützen dem österreichischen Nationalratspräsidenten Andreas Khol (ÖVP) eine Petition überreichten. In dieser wurde erbeten, dass die Republik Österreich einen Passus in ihre Verfassung aufnehme, in welchem das Bekenntnis Österreichs zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts für die Südtiroler festgeschrieben werden sollte.

Das Bedeutsame an der Petition: 113 von insgesamt 116 Südtiroler Bürgermeistern sowie zahlreiche Amtskollegen aus Nord- und Osttirol hatten dieses Begehren mit ihrer Unterschrift bekräftigt.

Innsbrucks
Bürger-
meisterin
Hilde Zach,
Peter Piock,
Kulturreferent
des Südtiroler
Schützen-
bundes, und
der
Nordtiroler
Landes-
kommandant
Otto
Sarnthein
(v.l.n.r.)
überreichten
Nationalrats-
präsident
Andreas Khol
die Petition.
Foto: TT/Hörhager



ÖSTERREICHISCHE VERFASSUNG / Südtirol-Passus

Gewichtige Unterschriften im Gepäck

113 von 116 Südtiroler Bürgermeistern unterstützen Petition – Kritik von italienischer Seite

Gesamttiroler Schützenbund: Petition

Die unterzeichneten Schützenkompanien und Bürgermeister aus allen Teilen des historischen, großen Tirol ersuchen den Nationalrat, bei den derzeit laufenden Beratungen über eine neue österreichische Bundesverfassung auf der Grundlage der Beratungen des Österreich Konvents in der Präambel einer solchen Verfassung folgende Worte aufzunehmen:

1. Die Republik Österreich anerkennt die historisch gewachsenen Volksgruppen in Österreich und setzt sich für Schutz und Förderung der mit Österreich geschichtlich verbundenen deutschsprachigen Minderheiten, insbesondere auch der Südtiroler, ein.
2. Die Republik Österreich bekennt sich zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des vom Land Tirol abgetrennten Tiroler Volkes deutscher und ladinischer Sprache und zum besonderen Schutz der Rechte der Südtiroler auf der Grundlage des Völkerrechtes.



Berichterstattung in den „Dolomiten“ vom 24. Jänner 2006

Der Zeithistoriker Olt schildert im Detail, wie diese Resolution von einigen ranghohen Politikern zunächst vor der Presse laut gelobt, dann aber im Verborgenen sabotiert und letztlich mithilfe eines Geschäftsordnungstricks nicht einmal im Österreichischen Nationalrat behandelt wurde. In ähnlicher Weise wurde mit der Forderung verfahren, die Schutzmachtfunktion Österreichs in der Bundesverfassung zu verankern.

Virtuelle „Landeseinheit“ in den Köpfen statt tatsächlicher Landeseinheit

Das Bestreben, nur ja keine Verstimmung in die Beziehungen zu Rom einfließen zu lassen, führte in der Folge zu seltsamen Selbstdarstellungen von Politikern. Politiker wie Andreas Kohl verkündeten und verkünden bis heute unverdrossen, dass die „Landeseinheit“ in der EU bereits erreicht sei. Es gehe nur noch darum, die Grenzen in den „Köpfen und Herzen“ zu beseitigen.

Die Tatsache, dass die italienische Staatsmacht auch nach der Petition der Schützen und Bürgermeister wiederum auf einschüchternde Weise strafrechtlich ermitteln ließ, zeigt die Lächerlichkeit des Versuchs auf, die reale Landesteilung zu leugnen.

Die Schützen widerstehen dem Gegenwind

Eine Politik dauernder Willfährigkeit gegenüber Rom hat in Südtirol zu katastrophalen Ergebnissen geführt. Die einstmals durch ihre Geschlossenheit starke Sammelpartei SVP ist heute geschwächt und hat den Anspruch auf die Gesamtvertretung der Volksgruppe verloren.

Längst schon tritt diese Partei nicht mehr für die Selbstbestimmung Südtirols ein und hat damit ihren Gründungsauftrag aufgegeben.

Prof. Dr. Olt schildert in seinem packend geschriebenen und mit zahlreichen Zeitdokumenten ausgestatteten Werk, wie der Südtiroler Schützenbund durch zahlreiche Auftritte und Aktionen die Forderung des „Los von Rom“ nicht verstummen lässt. Sowohl die Teilnehmerzahlen als auch das publizistische

Echo bewirken, dass das Verlangen nach Loslösung von Italien im öffentlichen Raum ein Diskussionsthema bleibt. Meinungsumfragen haben mehrfach bekräftigt, dass im Falle einer Volksabstimmung diese wohl nicht zugunsten Roms ausgehen dürfte.





Prof. Dr. Olt, der als Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ viele Jahre hindurch die Entwicklung in Südtirol vor Ort beobachtet und darüber berichtet hat, entrollt vor dem Leser ein spannendes Szenarium von höchster Aktualität. Wer dieses Buch gelesen hat, kann die jüngsten politischen Entwicklungen in Südtirol besser verstehen. Es ist auch ein tröstliches Buch, denn es berichtet vom Mut und von der Zuversicht unserer Landsleute im von nicht wenigen für besetzt erachteten Süden.

Die Schützen widerstehen dem Gegenwind. Sie widerstehen Schikanen und Verfolgung, und sie lassen sich durch das Versagen eigener Politiker nicht entmutigen.

Das letzte Wort ist in Bezug auf die Zukunft dieses Landes noch nicht gesprochen. Vor allem auch dank der Schützen!

Das vorliegende Buch des Zeithistorikers Prof. Dr. Olt ist

eine fesselnde Darstellung der jüngeren Geschichte des geteilten Landes Tirol und eine wahrhafte Fundgrube an Informationen, die aus der Zeitgeschichtsschreibung und aus der politischen Publizistik bisher ausgeblendet wurden.

Bibliographische Angaben:

Reinhard Olt:

„Standhaft im Gegenwind – Der Südtiroler Schützenbund und sein Wirken für Tirol als Ganzes“



Verlag Effekt GmbH

Neumarkt a.d. Etsch 2017

364 Seiten, Format 260×235 mm; Hardcover, illustriert; 25.- Euro

ISBN 978-88-97053-39-2

Wie des Opfertodes Franz Innerhofers bisher gedacht wurde

1971: Anbringung einer Gedenktafel am Ansitz Stillendorf

Das Gedenken an Franz Innerhofer in Südtirol

1971: Anbringung einer Gedenktafel am Ansitz Stillendorf – Gedenken in den folgenden Jahren

Im Jahre 1971 brachte der „Heimatschutzverein Bozen“ am Tatort, in dem Hausflur des Ansitzes Stillendorf in Bozen, eine Gedenktafel an. Seitdem fanden dort immer wieder Gedenkfeiern statt.



Schützen gedachten am 24. April 2003 vor dem Ansitz Stillendorf in Bozen des ermordeten Marlinger Lehrers Franz Innerhofer.

1996: Schützen forderten Umbenennung des Bozner „Siegesplatzes“ in „Franz Innerhofer Platz“

Schützen gegen das Vergessen



Aus Anlaß des 75. Todestages des von Faschistenhand ermordeten Lehrers Franz Innerhofer wird der umstrittene Siegesplatz in Bozen von einigen Schützen symbolisch in Franz-Innerhofer-Platz umbenannt.

24. April: Im Gedenken an den Lehrer Franz Innerhofer versammeln sich an dessen 75. Todestag knapp 1000 Schützen aus Süd-, Nord- und Welschtirol zu einer Gedenkfeier vor dem Ansitz Stillendorf in Bozen, wo der von Faschisten erschossene Innerhofer starb. Anschließend marschieren die Schützen in einem Schweigemarsch zum Siegesplatz, wo sie diesen symbolisch in Franz-Innerhofer-Platz umbenennen und vor dem Denkmal eine Dornenkrone niederlegen. Die Schützen werden von wütenden Protestrufen von mehreren hundert Anhängern der Neofaschisten begleitet. Nur das massive Polizeiaufgebot verhindert Ausschreitungen.

Am 24. April 1996 versammelten sich an die 1000 Schützen aus Süd-, Nord-, und Welschtirol vor dem Ansitz Stillendorf in Bozen und gedachten dort des Ermordeten. Anschließend zogen die Schützen unter wütenden Schreien einiger hundert Neofaschisten zum „Siegesplatz“ vor dem faschistischen „Siegesdenkmal“. Dort gedachten sie ihres Landsmannes Innerhofer und aller Opfer des Faschismus. Sie forderten die Umbenennung des Platzes in „Franz Innerhofer Platz“. An dem Schutzgitter vor dem Faschistendenkmal brachten sie ein diesbezügliches Schild an.



Nach dem Abzug der Schützen wurde diese Tafel von den italienischen Nationalisten in blinder Wut zerstört.

2011: Innerhofer Gedenken in Marling – Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner für das Selbstbestimmungsrecht

Am 16. April 2011 fand in Marling eine würdige Gedenkfeier für Franz Innerhofer statt, an der mehr als 500 Menschen teilnahmen. Sein Todestag jährte sich in diesem Jahr zum 90. Male. Zur Feier geladen hatte die Schützenkompanie und die Gemeindeverwaltung von Marling sowie der Südtiroler Schützenbund.

Pfarrer Ignaz Eschgfäller zelebrierte eine Gedenkmesse, die von den Musikkapellen von Marling und St. Walburg musikalisch gestaltet wurde.

Als Ehrengäste sah man die Tochter von Franz Innerhofer, die bekannte Mundartdichterin Maridl Innerhofer, den Nordtiroler Landeshauptmann a.D. **Wendelin Weingartner**, den SVP-Kammerabgeordneten **Karl Zeller** sowie die freiheitlichen **Landtagsabgeordneten Ulli Mair** und **Pius Leitner** und **Eva Klotz** (Süd-Tiroler Freiheit).



Der Nordtiroler Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner hielt die Gedenkrede

Wendelin Weingartner trat in seiner Rede offen für die Selbstbestimmung ein. *„Südtirol hat sich im Haus Italien mittlerweile ein wohliges Zimmer eingerichtet“*, sagte Weingartner. Das ändere aber nichts daran, dass *„das Haus, in dem sich dieses Zimmer befindet, eigentlich das falsche ist.“* sei. *„Vielleicht“*, so fuhr Weingartner unter lautem Applaus fort, *„vielleicht öffnet sich irgendwann ein Fenster oder eine Tür, durch die Südtirol dieses Haus verlassen könnte“*.



Die Dichterin Maridl Innerhofer, der Nordtiroler Altlandeshauptmann Wendelin Weigartner, der Landeskommandant des Südtiroler Schützenbundes Paul Bacher und zahlreiche andere Teilnehmer besuchten nach der Feier das Grab Innerhofers.

2011: „Franz Innerhofer Platz“ in Bozen



Die Tochter Franz Innerhofers, Maridl Innerhofer, wird von den Schützen herzlich auf dem neuen „Franz Innerhofer Platz“ in Bozen begrüßt.

Die Aktion der Schützen des Jahres 1996 und der ständige politische Druck auf die Bozner Stadtregierung führte letztendlich zu einem Erfolg. Zwar war die italienisch dominierte Stadt Bozen nicht bereit, den Namen des „Siegesplatzes“ zu ändern, jedoch wurde einer kleinen Freifläche vor der Universität der Name „Franz Innerhofer Platz“ verliehen. Am 25. April 2011 wurde in Anwesenheit der Tochter von Franz Innerhofer, Maridl Innerhofer, des Bürgermeisters von Bozen, Luigi Spagnolli, des Bürgermeisters von Marling und einer Abordnung der Bozner Schützen unter der Teilnahme zahlreicher Gäste die Platzbenennung vorgenommen

Das Gedenken in Nordtirol

1931: Der unerwünschte Gedenkstein in Innsbruck



Die Witwe Innerhofer mit Tochter im Jahre 1931

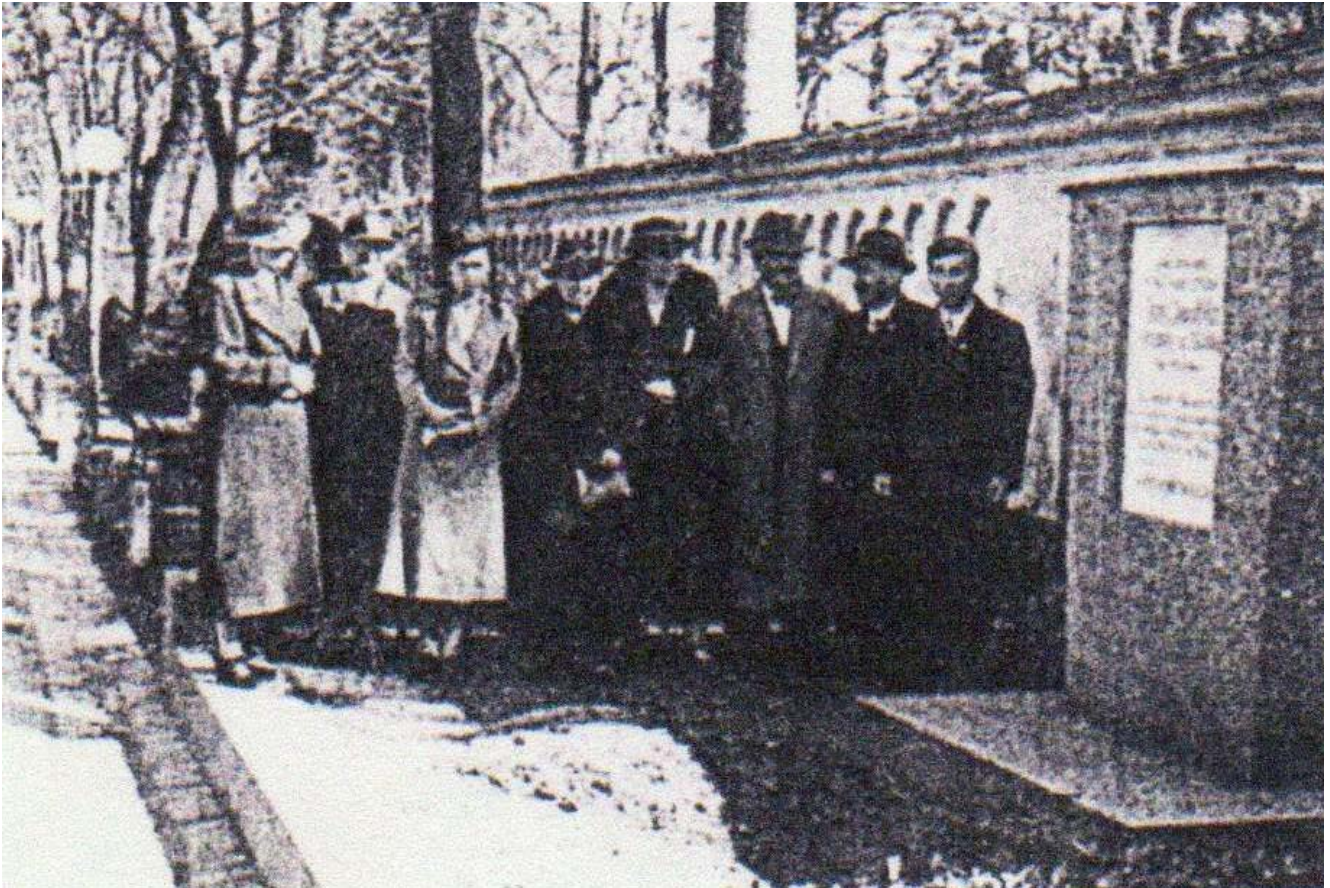
Der von 1919 bis 1938 bestehende „**Andreas Hofer-Bund für Tirol**“ war eine patriotische Vereinigung, der auch **namhafte katholische Geistliche** angehörten und dessen Ziel die **Wiedervereinigung Tirols** war. Im Jahr 1931, zehn Jahre nach der Mordtat, ließ der Bund in Innsbruck auf dem Rennweg an der Hofgarten-Mauer eine Gedenktafel für Franz Innerhofer anbringen und in Anwesenheit des Bürgermeisters und Vizebürgermeisters sowie zahlreicher anderer Vertreter des öffentlichen Lebens einweihen. Der Witwe und der Tochter von Franz Innerhofer war die Teilnahme an der Gedenkfeier nicht möglich, da Italien ihnen die Ausstellung von Reisepässen verweigerte.

Dem Blutzegen
für das deutsche Südtirol
Franz Jüngerhoser,
Oberlehrer in Marling,
zum Gedächtnis.

Er ward das Opfer einer Kugel
beim Überfall der Faschisten auf die fried-
liche deutsche Bevölkerung Südtirols
am 24. April 1921 in Bozen.

Der Andreas Hofer-Bund für Tirol.

Die Gedenktafel des Jahres 1931



1931 kamen heimlich andere Verwandte Franz Innerhofers nach Innsbruck, um die Gedenktafel zu sehen

Das Regime des österreichischen Ständestaates wagte es trotz der Freundschaft zu dem faschistischen Diktator Mussolini nicht, diese Tafel zu entfernen. Im Jahre 1938 war das nationalsozialistische Regime weniger zurückhaltend. Man riss die Hofgarten-Mauer ab und entsorgte die Gedenktafel in das Depot des Volkskunstmuseums in Innsbruck. Die Tafel stellte schließlich eine Beleidigung des Hitler-Freundes Mussolini dar. Der „Andreas Hofer-Bund für Tirol“ wurde behördlich aufgelöst.